

NRW erlaubt Schunkeln ohne Maske

Karnevalshochburgen setzen heute auf 2G

Düsseldorf. Das Land NRW hat kurz vor dem heutigen Start der Karnevalssession die Coronaschutz-Verordnung verändert und erlaubt nun unter anderem ausdrücklich Schunkeln ohne Maske. Wer drinnen an einer Karnevalsparty teilnehmen will, muss – wenn er nicht geimpft oder genesen ist – einen PCR-Test oder einen höchstens sechs Stunden alten Schnelltest vorweisen (3Gplus-Regel).

In der seit gestern gültigen Verordnung heißt es, dass man auf eine Maske bei „Karnevalsveranstaltungen und vergleichbaren Brauchtumsveranstaltungen mit Mitsingen, Schunkeln oder Tanzen in Innenräumen“ verzichten kann. Voraussetzung für den Zutritt ist aber – wie zum Beispiel bereits in Diskotheken – die 3Gplus-Regel.

Die Karnevalshochburgen setzen auf noch schärfere Vorgaben: In den abgesperrten Bereich vor dem Düsseldorfer Rathaus dürfen zum heutigen „Hoppeditz-Erwachen“ nur Geimpfte oder Genesene. In Köln gilt zum Karnevalsbeginn in der Altstadt, im Zülpicher Viertel in den abgesperrten Bereichen sowie in allen Kneipen die 2G-Regel.

Kurz vor dem Karnevalsauftritt am 11.11. ist der designierte Kölner Karnevalsprinz positiv auf das Coronavirus getestet worden. Das Festkomitee Kölner Karneval sagte daher am Mittwochabend alle Auftritte für das Dreigestirn in den kommenden jekken Tagen ab. Der doppelt geimpfte designierte Prinz Sven Oleff habe keinerlei Symptome und fühle sich den Umständen entsprechend gut. *dpa*

Vergewaltigungen in Klinik: Neue Ermittlungen

Duisburg. Im Fall von mutmaßlichen Vergewaltigungen in einem Krankenhaus in Bielefeld hat die Staatsanwaltschaft Duisburg die Ermittlungen wieder aufgenommen. Ein Assistenzarzt soll mehrere Patientinnen betäubt und vergewaltigt haben. Die Opfer sollen seine Vorgesetzten über die Vorwürfe 2019 informiert haben. Diese sollen aber die Hinweise nicht überprüft und so weitere Taten ermöglicht haben.

Nachdem sich der Mediziner in der Untersuchungshaft selbst getötet hatte, stellte die Staatsanwaltschaft Bielefeld die Ermittlungen gegen ihn ein. Im Auftrag des NRW-Justizministeriums prüft die Staatsanwaltschaft Duisburg den Fall jetzt erneut auf neue Ermittlungsansätze gegen die Vorgesetzten auf Beihilfe durch Unterlassen.

Täuschung: Statt Urinprobe Apfelsaft

Gevelsberg. Mit einem dreisten Täuschungsversuch ist in Gevelsberg ein 28-Jähriger, der offensichtlich unter Drogen stand, gescheitert: Statt einer Urinprobe wollte er einer Polizeistreife einen Becher mit Apfelsaft unterjerkeln, um strafreife zu bleiben. Die Beamten bemerkten laut Polizeimeldung bei der Kontrolle am Dienstagmittag den „apfelsafttypischen Geruch“. Im Fahrzeug fand sich eine leere Flasche Apfelsaft. Zuvor war der 28-Jährige an einer roten Ampel mit seinem Transporter auf ein wartendes Auto aufgefahren. *dpa*

Ringen um 2G-Regel in NRW

Die Landesregierung zögert noch. Ein Verfassungsrechtler und ein Virologe bringen Lockdown für Ungeimpfte ins Gespräch: „Wieso sollen Geimpfte weiterhin Einschränkungen hinnehmen?“

Von Matthias Korfmann und Christopher Onkelbach

Düsseldorf/Essen. Will NRW nun die „2G-Regel“, also Zutritt zu vielen Freizeitaktivitäten nur für Geimpfte und Genesene, oder nicht? NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat zwar Sympathie für diesen Kurs durchblicken lassen, möchte aber erst mit anderen Länderchefs darüber reden. Die Opposition und der Koalitionspartner FDP erhöhten unterdessen den Druck auf Wüst – aus unterschiedlicher Perspektive. „Worauf wartet Wüst eigentlich noch?“, fragte NRW-SPD-Chef Thomas Kutschach. Am Ende werde 2G ohnehin kommen.

Der Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP im Landtag, Henning Höne, kritisierte hingegen per Twitter die 2G-Pläne: „Wer eine Impfpflicht will, soll es auch so sagen. Die Umwege über kostenpflichtige Tests und/oder über 2G für alles, was gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, sind unehrlich. Ich bin gegen eine Impfpflicht – ob direkt oder durch die Hintertür.“ Auch im Gesundheitsausschuss ließen die Liberalen am Mittwoch Skepsis durchblicken.

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) verteidigte das Zögern des Ministerpräsidenten. „Wir werden das Schritt für Schritt klären“, sagte er. Nordrhein-Westfalen habe „Gott sei Dank“ keine so schwierige Corona-Lage wie Sachsen.

Virologe für 2G-Regelung

Unterdessen stößt der renommierte Bochumer Verfassungs- und Gesundheitsrechtler Prof. Stefan Huster eine Debatte über eine Ausgangssperre für Ungeimpfte an, was derzeit angesichts explodierender Infektionszahlen auch in Österreich diskutiert wird. „Wenn die Zahlen weiter so rapide steigen und die Intensivstationen überlaufen, wäre ein Lockdown für Ungeimpfte sinnvoll“, sagte Huster, Professor für Öffentliches Recht, Gesundheitsrecht und Rechtsphilosophie an der Ruhr-Uni Bochum. Dafür müsste der Bundestag eine Rechtsgrundlage über das Infektionsschutzgesetz schaffen. Die Länder könnten diese Maßnahme dann auf dem Verordnungswege verfügen.



In Erfurt bereits Realität: 2G-Regel beim Besuch der Gastronomie. Ein negativer Corona-Test reicht dort nicht mehr aus.

FOTO: MARTIN SCHUTT / DPA

Einen generellen Lockdown für alle soll es nach dem Willen der Politik trotz rasant steigender Infektionszahlen und ausgelasteter Intensivstationen nicht geben. Wenn die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ am 25. November endet, entfällt zugleich die Rechtsgrundlage für strikte Corona-Maßnahmen wie einen Lockdown, erklärt Huster.

Er hält das auch aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber Geimpften für richtig: „Es wäre absurd, die Mehrheit der Geimpften zum Schutz der Ungeimpften in den

Lockdown zu schicken. Das wäre ein unverantwortlicher Freiheits Eingriff“, sagte Huster, der als Vorsitzender einer 18-köpfigen Expertenkommission die Corona-Politik der Bundesregierung untersucht.

Auch der Essener Virologe Ulf Dittmer hält neue Kontaktbeschränkungen im Winter für denkbar. Aber „höchstens für Ungeimpfte“, betont der Direktor des Instituts für Virologie am Uni-Klinikum Essen. „Sie haben ein viel höheres Risiko sich zu infizieren und zu erkranken. Wenn Krankenhäuser wieder überlastet werden, müsste

man hier ansetzen“, so Dittmer. Einige Bundesländer würden dies mit der 2G-Regelung (geimpft oder genesen) bereits umsetzen. „Ein Lockdown für alle darf es nicht wieder geben“, betont der Virologe. Um Ausgangssperren zu vermeiden, sei die 2G-Regel bei Veranstaltungen und im Gesundheitswesen nötig.

Geimpfte „in Geiselhaft“

Ähnlich hatte sich zuvor der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhardt, in einem Interview geäußert. Notfalls seien sogar Lockdown-Maßnahmen für Ungeimpfte notwendig, um die stationäre Versorgung in den Krankenhäusern zu sichern. „Schließlich sind es derzeit vor allem die Ungeimpften, die mit schweren Covid-Verläufen in den Kliniken behandelt werden müssen“, sagte Reinhardt.

Auch Huster begrüßt die Debatte um 2G, wonach nur noch geimpfte oder genesene Personen Zutritt zu Gastronomie, Kinos, Klubs oder Theatern haben. Dies senke die Infektionsrisiken und sei auch ordnungspolitisch sinnvoll: „Wieso

sollten Geimpfte weiterhin Einschränkungen hinnehmen? Derzeit werden sie von den Ungeimpften in Geiselhaft genommen. Mit 2G geht die Verantwortung für das Infektionsrisiko dorthin, wo sie hingehört: zu den Ungeimpften.“

Kritisch sieht Huster die Situation in den Kliniken, wo schwerkranke Corona-Patienten, die keinen Impfschutz besitzen, einen großen Teil der Kapazitäten beanspruchen. „Im Sinne der Gerechtigkeit müssten sich die Ungeimpften hinten anstellen, wenn die Möglichkeiten der Kliniken erschöpft sind. Das Gesundheitssystem würde entlastet und es müssten keine Operationen verschoben werden.“ Aber aus ethischen Erwägungen sei das wohl kaum umsetzbar.

Zwar sieht das Infektionsschutzgesetz mit dem Ende der epidemischen Lage keinen generellen Lockdown mehr vor, so Huster. Eine Entscheidung auf Dauer müsse dies gleichwohl nicht sein. Der Bundestag könne jederzeit erneut eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ beschließen.

Städtetag für 2G-Regel im Freizeitbereich

■ Die Städte in NRW unterstützen die Überlegungen des Landes, die 2G-Regel im Freizeitbereich einzuführen. „Wir erwarten von der Landesregierung rasch eine rechtliche Regelung zu 2G“, sagte Helmut Dedy, Geschäftsführer des Städtetags NRW, in einer Stellungnahme.

■ Ein weiteres Abwarten wäre mit Blick auf die galoppierenden Infektionszahlen nicht zu rechtfertigen, so Dedy. Ohne eine Impfung sollte der Besuch im Fitnesscenter, im Restaurant oder Kino tabu sein. Dies schaffe Sicherheit und könne jene, die noch zögern, zu einer Impfung motivieren.

Zuwanderung soll die Pflege in NRW retten

Mittlerweile fehlen 24.000 Fachkräfte. Durch zusätzliche Ausbildung aber kann der Negativtrend nicht gestoppt werden

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Der Personalmangel in den Pflegeberufen wird in Nordrhein-Westfalen immer dramatischer. Die Regierung will daher mehr Fachkräfte aus dem Ausland einladen. „Wir werden für die Pflege auch Zuwanderung brauchen“, sagte NRW-Gesundheits- und Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) am Mittwoch bei der Vorstellung der „Landesberichterstattung Gesundheitsberufe“.

Zwar sei die Nachfrage nach einer Ausbildung in der Pflege in Nordrhein-Westfalen erfreulich groß und nehme sogar zu. Dennoch verschärfe sich der Fachkräftemangel – unter anderem, weil viele Pflegekräfte bald in Rente gingen oder angesichts des strengen Berufsalltags und unter dem Eindruck der Belastungen in der Pandemie die Arbeitszeiten reduzierten.

Der Studie zufolge stieg die An-

zahl der offenen beziehungsweise zukünftig zu besetzenden Vollzeitstellen von 10.092 Personen im Jahr 2016/2017 auf 23.763 im Jahr 2019. Damit habe sich der Mangel an Pflegekräften mehr als verdoppelt.

Willkommenskultur entwickeln

Ein möglicher Ausweg aus der Personalkrise laut Laumann: Zuwanderung. Zuletzt seien jährlich in NRW zwischen 3000 und 3500 Berufsanerkennungen von ausländischen Pflegekräften ausgesprochen worden, erklärte der Minister. Die Anerkennungsverfahren seien erleichtert worden hin zu einer Willkommenskultur. Laumann weiter: „Die Pflegekräfte aus dem Ausland sollen wissen: In NRW freut man sich, dass ihr kommt.“

Vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftemangels müsse das Thema Zuwanderung und Pflege allerdings noch stärker angegangen werden. Experten im Arbeitsmi-



Eine Pflegekraft hilft einer Heimbewohnerin beim Aufstehen und in den Rollstuhl.

FOTO: INGA KJER / PHOTOTHEK VIA GETTY IMAGES

nisterium beschäftigten sich bereits damit. Ihr Auftrag: „Den Zufluss von ausländischen Pflegekräften so zu organisieren, dass sie sich hier wertgeschätzt fühlen und eine Chance haben, so zu leben, dass sie auch hierbleiben möchten.“

Wenn Zugewanderte einzeln in

Kliniken und Heimen arbeiteten, seien sie oft einsam und wollten schnell wieder weg. Also müsse man sehen, „dass man größere Gruppen aus einer Region und aus einem Land in bestimmten Regionen konzentrieren kann, damit eine Gemeinschaft entsteht.“ Die Her-

kunftsländer dürften aber nicht unter der Abwanderung von Fachkräften leiden. In Rumänien sei die Lage zum Beispiel ernst, so Laumann: „Der Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich wegen der Abwanderung nach Europa ist für das rumänische Gesundheitssystem ein Super-Gau.“

35-Stunden-Woche als Ziel

Die SPD warf Minister Laumann vor, im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der Pflege nicht genug zu tun. „Wir wollen attraktive Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen schaffen. Dazu gehört eine Personalbemessung, die am tatsächlichen Bedarf orientiert ist“, sagte der Gesundheitsexperte der SPD-Landtagsfraktion, Josef Neumann. Ein langfristiges Ziel müsse die 35-Stunden-Woche in der Pflege sein. Wichtig seien zudem „bessere Löhne in der Pflege, die der Leistung der Beschäftigten gerecht werden.“